Ortsgemeinde Imsweiler

Az.: 3/610-13 (12)

Bekanntmachung

Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB);

Aufstellung des Bebauungsplanes „Solarpark Geisberg“ in der Ortsgemeinde Imsweiler;

- **Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit in Form der Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)**
- **Information über die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB**

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Imsweiler hat in öffentlicher Sitzung vom 30.03.2022 gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Solarpark Geisberg“ gefasst.

Die vorgezogene Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB fand vom 28.06.2024 bis einschließlich 02.08.2024 statt. Die abgegebenen Stellungnahmen wurden vom Gemeinderat in seiner Sitzung am 07.05.2025 erörtert und die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Der Entwurf des Bebauungsplanes bestehend aus Planurkunde, textlichen Festsetzungen, Begründung und dem Umweltbericht mit Fachgutachten liegt in der Zeit

vom 16. Juni 2025 bis einschließlich 31. Juli 2025

bei der Verbandsgemeindeverwaltung Nordpfälzer Land, Fachbereich Natürliche Lebensgrundlagen und Bauen, Bezirksamtsstraße 7, 3. OG, Zimmer 36, 67806 Rockenhausen, während den üblichen Dienstzeiten, das sind montags und dienstags von 08.00 bis 16.00 Uhr, mittwochs und freitags von 08.00 bis 12.00 Uhr und donnerstags von 08.00 bis 18.00 Uhr zu jedermanns Einsichtnahme öffentlich aus. Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen schriftlich oder mündlich zur Niederschrift abgegeben werden.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) ist unzulässig, soweit mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der

Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB werden gemäß § 4a Abs. 2 BauGB gleichzeitig durchgeführt.

Der Öffentlichkeit wird im Rahmen der Beteiligung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) Gelegenheit gegeben, während der Auslegungsfrist Stellungnahmen abzugeben.

Umweltbezogene Informationen

Folgende Arten umweltbezogener Informationen sind darüber hinaus verfügbar und werden ebenfalls ausgelegt (§ 3 Abs. 2 BauGB):

- Mensch (Lärm- / Staubemissionen, Verkehrsaufkommen, Landschaftsbild, Erholung)
- Tiere und Pflanzen (Habitate/Biototypen, Artenschutz: Vögel und Fledermäuse, Vegetationsaufnahme; Schutzstatus nach § 15 LNatSchG)
- Boden (Bodenfunktionen)
- Wasser (Oberflächenwasser, Grundwasser)
- Klima/Luft (Klimafunktionen)
- Landschaftsbild
- Kultur- und sonstige Sachgüter

Umweltbezogene Fachgutachten:

- Abarbeitung Eingriffsregelung/Eingriffsbilanzierung
- Artenschutzrechtliche Bewertung Hinweise zu planungsrelevanten Arten (Feldlerche, zweibrütiger Würfel-Dickkopffalter, Baumpiper, Gelbbauchunke, Fledermäuse, Neuntöter)
- Vegetationsaufnahme

Bisher eingegangene Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB mit umweltbezogenen Informationen:

- Deutsche Bahn AG (19.06.2024): Blendung der Triebfahrzeugführer durch FFPV berücksichtigen
- Forstamt Donnersberg (28.06.2024): Mindestabstand 30 m zu Waldflächen einhalten
- Landesarchäologie Speyer (25.06.2024): Römische Fundstelle nicht betroffen; Funde melden
- Landesarchäologie Mainz (18.06.2024): Fossilführende Schichten; Behörde 4 Wochen vor Erdarbeiten informieren
- Untere Naturschutzbehörde Donnersbergkreis (18.06.2024): Nutzung von Magerwiesen kritisch; Artenschutz und Ausgleich beachten
- Landesamt für Geologie und Bergbau (02.08.2024): Kein Altbergbau bekannt; Bohrungen vorher anmelden.
- Landesbetrieb Mobilität Worms (02.08.2024): Lichtmissionen beachten; keine Einleitung von Abwässern in Straßenentwässerung.
- Landwirtschaftskammer RLP (02.08.2024): FFPV-Flächen sollten ertragsschwache oder versiegelte Flächen sein.

- Planungsgemeinschaft Westpfalz (25.07.2024): Kein zusätzlicher Flächenverbrauch für Ausgleich; Naturdenkmal und Hochwassergefahren prüfen.
- Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd (13.08.2024): Versiegelung erhöht Wasserabfluss; Gelände muldenförmig modellieren; Bodenschutz beachten.

Die Stellungnahmen beinhalten Informationen zur Berücksichtigung der umweltrelevanten Schutzgüter, die bei Eingriffen in Folge der Planung berührt werden könnten. (§ 3 Abs. 2, Satz 1 BauGB)

Im Umweltbericht zum Bebauungsplan werden die umweltbezogenen Informationen zusammengefasst. Die Eingriffe in Natur und Landschaft werden unter Berücksichtigung von anerkannten Beurteilungsmaßstäben bewertet. Die landschaftspflegerischen Maßnahmen zur Vermeidung, zur Minimierung und zum Ausgleich bzw. Ersatz für den Bebauungsplan werden im Umweltbericht ausführlich dokumentiert.

Die vollständigen Unterlagen sowie diese öffentliche Bekanntmachung können während des Zeitraums der öffentlichen Auslegung zusätzlich auch im Internet, auf der Homepage der Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land, unter <https://www.nordpfälzerland.de/rathaus/oeffentliche-bekanntmachungen/ortsgemeinde-imsweiler/> eingesehen werden.

Rockenhausen, den 27.05.2025

Gez.
Michael Cullmann
Bürgermeister

Anlage Bebauungsplanentwurf